

1 Vergabeverfahren

Die vorliegende Ausschreibung richtet sich nach den Vorschriften der Vergabeverordnung (VgV) und stellt ein Offenes Verfahren gem. § 15 VgV dar. Sein Ablauf gliedert sich wie folgt:

Stufe 1 Angebotsphase

- Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes
- Nachweis der Eignung anhand der Mindestanforderungen an die Eignung (s.u., Ziffer 2.1)
- Prüfung und Wertung der Angebote. Die 3 preisgünstigsten Angebote erreichen Stufe 2.

Stufe 2 Präsentationsgespräche

- Präsentation der geforderten Angaben und des Büros vor einem gemeindlichen Gremium/Ehrenamtsgremium. Das Präsentationsgespräch darf den zeitlichen Umfang von 30 Minuten nicht überschreiten. Im Anschluss sind 15 Minuten Diskussion und gegenseitige Fragerunde vorgesehen.
- Vergabebeschlag und Beauftragung

1.1 Mindestanforderungen (Ausschlusskriterien) und Eignungswertung

Sofern die Mindestanforderungen gemäß der Bekanntmachung dieses Verfahrens und Ziffer 2.1 dieser Ausschreibungsunterlage nicht erfüllt sind oder die geforderten Nachweise trotz erfolgter Nachforderung in der gesetzten Frist nicht vollständig vorgelegt wurden, führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.

1.2 Angebotsabgabe

Die eingehenden Angebote der Bieter werden auf die Mindestanforderungen geprüft und gewertet. Im Rahmen der Präsentation sollen die Bieter die geforderten schriftlichen Angaben sowie das Büro und das vorgesehene Projektteam vor einem Gremium vorstellen und präsentieren. Die Vorstellung fließt in die Wertung der Angebote mit ein (s. Ziffer 2.2). Für das Honorarangebot kann ein eigener Vordruck verwendet werden.

2. Wettbewerbsbedingungen, Mindestanforderungen an die Eignung (Ausschlusskriterien), Zuschlagskriterien für Angebote

2.1 Mindestanforderungen (Anforderungen an die Eignung, Teilnahmebedingungen, Ausschlusskriterien)

Zwingende Voraussetzung für die Berücksichtigung eines Bewerbers oder einer Bewerbergemeinschaft ist die Erfüllung der folgenden Kriterien und Teilnahmebedingungen. Die Nichteinhaltung bereits eines der genannten Kriterien zur Mindestanforderung an die Eignung führt unter Berücksichtigung einer möglichen Nachforderung von Angaben und Unterlagen bei Nichtvorlage automatisch ohne weitere Prüfung und Wertung zum Verfahrensausschluss (hierzu bitte die Anlage „Eigenerklärung Eignung“ verwenden. Eigene Dokumente/Vordrucke sind zulässig):

a) Berufszulassung gem. §§ 44, 75 Abs. 1 VgV

Im Zeitpunkt der Bekanntmachung dieses Vergabeverfahrens muss nach dem Landesarchitektengesetz (ArchG) Rheinland-Pfalz die Berechtigung bestehen, die

Berufsbezeichnung "Architektin" oder "Architekt" zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV). Die Berechtigung ist für die/den von dem Bewerber oder der Bewerbungsgemeinschaft zu benennende/n, für die Leistungserbringung verantwortliche/n Projektleiterin / Projektleiter und eine/n Stellvertreter/in dieser Person nachzuweisen. Vorzulegen ist jeweils ein Nachweis der zuständigen Architektenkammer über die Eintragung in die Architektenliste mit Nummer und Datum der Eintragung oder ein auf Grund der Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen ausgestellter Nachweis.

b) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 4 VgV

- Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung über 3 000 000 EUR für Personenschäden und über 1 000 000 EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Auf die Möglichkeit des Abschlusses einer objektbezogenen Versicherung oder einer exzedenten Versicherung wird hingewiesen.
- Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.
- Der geforderte Versicherungsschutz kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens nachgewiesen werden, in der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.
- Der Versicherungsnachweis darf nicht älter als 6 Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an, und muss der Bewerbung beiliegen. Das Ausstellungsdatum muss aus dem Nachweis ersichtlich sein.
- Bei Bewerbungsgemeinschaften muss für jedes Mitglied ein entsprechender Versicherungsnachweis vorgelegt werden.

c) Nachweis von Referenzprojekten gem. § 75 Abs. 5 VgV

Abgeschlossene Durchführung der Leistungsphasen 1-9 Gebäudeplanung gem. § 34 HOAI: Gefordert ist der Nachweis von mindestens einem abgeschlossenen Bauprojekt der Honorarzone II (§ 35 HOAI) als Hauptauftragnehmer (mind. 80 % Umsatzanteil am Auftrag) in den Leistungsphasen 1-9 nach § 34 Abs. 3 HOAI mit einer Honorarsumme pro Projekt von mindestens 75.000,00 € netto für eine öffentliche Bauaufgabe innerhalb der letzten 6 Jahre (2020-2025). Es zählt das Jahr, in dem das Projekt schlussgerechnet wurde. Der Nachweis ist durch Eigenerklärung des Bewerbers oder der Bewerbungsgemeinschaft zu führen. Referenzschreiben der jeweiligen Auftraggeber, oder die Bestätigung der Referenzen durch diese, werden nicht gefordert, können jedoch optional mit dem Teilnahmeantrag vorgelegt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, Bescheinigungen von Auftraggebern über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen.

d) Nachunternehmereinsatz, Eignungsleihe

Soweit die Absicht besteht, im Wege der Eignungsleihe nach § 47 VgV Kapazitäten anderer Unternehmen für die Leistungserbringung in Anspruch zu nehmen, ist dies in der

Eigenerklärung auszuweisen und entsprechende Verpflichtungserklärungen (für den Auftragsfall) sowie Eignungsnachweise des/der anderen Unternehmen/s mit dem Angebot vorzulegen. In Bezug auf die Absicht, bei der Erfüllung des Auftrags Teilleistungen an Unterauftragnehmer (§ 36 VgV) weiterzugeben, ist eine Eigenerklärung unter Angabe der jeweiligen Teilleistungen abzugeben und sind die Unterauftragnehmer zu benennen, soweit diese bereits bekannt sind.

e) Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB und Abgabe von Eigenerklärungen in Bezug auf die Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB

f) Angaben zur Bewerbungsform (Einzelbewerbung/Bewerbung als Bewerbergemeinschaft)

Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit dem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften.

g) Angaben zur Rechtsform des Bewerbers oder der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

Bei juristischen Personen Vorlage des Handelsregistrauszugs oder eines entsprechenden Nachweises nach dem Recht des Herkunftsstaats des Bewerbers bzw. Mitglieds einer Bewerbergemeinschaft.

h) Erklärung des Bewerbers bzw. Mitglieds einer Bewerbergemeinschaft, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen

i) Erklärung des Bewerbers bzw. Mitglieds einer Bewerbergemeinschaft über den Unternehmensumsatz ohne MwSt. in den letzten drei Jahren im Bereich Gebäudeplanung gem. § 34 HOAI (vgl. Anlage IV des Teilnahmeantrags).

j) Eigenerklärung des Bewerbers bzw. Mitglieds einer Bewerbergemeinschaft über die Anzahl der festangestellten Mitarbeiter:innen einschl. Geschäftsführung / Büroinhaber:in, umgerechnet in Vollzeitäquivalente (VZÄ; 1 VZÄ= 40,0 h durchschnittliche Wochenarbeitszeit) in den letzten drei Jahren (2023, 2024, 2025) in der Berufsgruppe Architektur (Berufsträger mit der Berechtigung, die Berufsbezeichnung „Architektin“ oder „Architekt“ zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden)

k) Fristgerechter Eingang des Angebotes aller geforderten Angaben, Erklärungen und Anlagen. Die Vergabestelle behält sich eine Nachforderung fehlender Angaben und Unterlagen mit Fristsetzung von 5 Kalendertagen vor.

2.2 Zuschlagskriterien

Der Auftraggeber wird den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot nach Maßgabe des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses erteilen. Zu dessen Ermittlung zieht der Auftraggeber die nachstehenden Kriterien heran (Gewichtung in Spalte 3 der folgenden Tabelle)

1	Vorstellung des Büros und des Projektteams in Bezug auf die konkrete Auftragsabwicklung	20
1.1	Vorstellung eines Organigramms zum Projektteam und der Leitungsfunktion(en)	10
1.2	Vorstellung von Abläufen, Erläuterung der Aufgabenteilung und des geplanten Personaleinsatzes	10
2	Vorstellung der Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und konzeptionellen Vorgehensweise, vertiefende Angaben zu technischen Belangen bei der Projektumsetzung	40
2.1	Darstellung der Projektabwicklung und Koordination mit Bezug zur konkreten Maßnahme	5
2.2	Darstellung einer Projektstruktur	5
2.3	Darstellung von Methoden zur Qualitätssicherung	5
2.4	Vertiefende Angaben in Bezug auf Ausschreibung, Vergabe und Bauausführung, ggf. Optimierungsansätze in Bezug auf Wirtschaftlichkeit und den Bauablauf	10
2.5	Darstellung der Vorgehensweise zur Abstimmung mit den anderen an der Ausführung Beteiligten	5
2.6	Anwendung von Methoden zur Terminsteuerung, Einhaltung und Durchsetzung der Termine	5
2.7	Vertiefende Angaben in Bezug auf den vorgegebenen Rahmenterminplan, Darstellung des geschätzten Zeitbedarfs der Ausführung	5
3	Honorare**	40
3.1	Bewertung Honorar einschl. Nebenkosten, Zuschläge und Nachlässe	40

*Hinweise zur Punktevergabe

Die genannten (Unter-)Kriterien der Bewertungsmatrix werden jeweils mit Punkten von 0 bis 5 bewertet und wie dargestellt gewichtet.

Es werden nur volle Punkte vergeben. Insgesamt können (mit Gewichtung) somit maximal 500 Punkte erreicht werden.

Die Wertung erfolgt dabei nach folgender Systematik:

5 Punkte = Kriterium hervorragend vermittelt

4 Punkte = Kriterium sehr gut vermittelt

3 Punkte = Kriterium gut vermittelt

2 Punkte = Kriterium im Wesentlichen vermittelt

1 Punkt = Kriterium nur teilweise vermittelt

0 Punkte = Kriterium überhaupt nicht vermittelt / Angaben fehlen

Hinweise zur Honorarbewertung

Die Honorarangebote werden wie folgt gewertet:

1. Das günstigste Honorarangebot erhält die volle Punktzahl.
2. Bruttopreis des günstigsten Honorarangebots multipliziert mit der vollen Punktzahl und dividiert durch den Bruttopreis des jeweils zu wertenden Angebotes. Rundung des Ergebnisses auf 2 Stellen nach dem Komma.

Aufgrund des Entfalls der Bindungswirkung der HOAI können auf das entsprechend der Vorgaben bzgl. Honorarzone und geschätzten Baukosten nach HOAI i.S. ermittelbaren Grundhonorars i.S. eines transparenten europäischen Preiswettbewerbs Zu- oder Abschläge getroffen werden und damit den angebotenen Endpreis für die Grundleistungen bilden.

3. Voraussichtlicher Zeitplan

Die Angebotseröffnung findet am 26.05.2026 um 10.00 Uhr statt. Etwaige Verhandlungsgespräche erfolgen am 17.06.2025 (Vormittags).

Die Vergabe der Planungsleistungen erfolgt im Anschluss nach Ablauf der Nachprüfungsfrist gem. § 134 Abs. 2 GWB.